

Gemeinsam für Kärnten

Gemeinsam mit Repräsentanten der slowenischen Volksgruppe hat sich der Kärntner Heimatdienst am 10. Oktober 2006 in einer FEIERLICHEN ERKLÄRUNG verpflichtet, zu einem „Klima des gegenseitigen Vertrauens“ in Kärnten beizutragen. Mit Erfolg, wie die Fakten zeigen. Das friedliche Miteinander darf nun nicht durch neuen Streit gestört werden!

Heimat schließt alle Kärntner ein. Da bedarf es keiner Interventionen aus Slowenien



Slowenischer Zentralverband und Heimatdienst gedachten im August des Vorjahres gemeinsam der Opfer des I. Weltkrieges.

Zur Diskussion über Slowenisch in der Kärntner Landesverfassung hat der KHD-Vorstand in einer Stellungnahme klar Position bezogen.

Ein Auszug:

„Die Wertschätzung gegenüber der ‚einen untrennbaren Teil der Kärntner Bevölkerung bildenden autochthonen slowenischen Volksgruppe‘ hat der KHD in seinem Vereinsprogramm festgeschrieben und mit dem Passus ‚Heimat schließt alle Kärntner ein‘ noch verstärkt.“

In diesem Sinne begrüßt der KHD-Vorstand den von der Dreierkoalition – SPÖ, ÖVP und den Grünen – gefundenen Kompromiss hinsichtlich der Festschreibung der slowenischen Volksgruppe in der neuen Landesverfassung.

Es ist daher völlig unangebracht, von einer Gefährdung der slowenischen Sprache in Kärnten zu sprechen. Abschließend appellieren die Mitglieder des KHD-Vorstands, alles zu vermeiden, was zu einem neuen Volksgruppenstreit führen könnte.“

Slowenien hat endlich auch für seine deutsche Volksgruppe zu sorgen

Die von Sloweniens Staatspräsidenten zum Ausdruck gebrachte Sorge um die Minderheitenrechte der Kärntner Slowenen sollte gleichermaßen auch der ebenfalls autochthonen deutschen Volks-

gruppe in Slowenien entgegengebracht werden, was leider nicht der Fall ist.

Dank großzügiger Hilfe seiner Förderer ist der KHD mit 120.000 Euro Unterstützung seit 2006 der größte zivilgesellschaftliche Förderer der deutschen Kulturvereine in Slowenien und trägt damit wesentlich zu deren Existenzsicherung bei.

Dazu benötigt die Volksgruppe dringend die Anerkennung und die Unterstützung durch den slowenischen Staat, aber auch die Solidarität der slowenischen Volksgruppe in Kärnten.

Wir fordern den Totalstopp der Massenzuwanderung. Aus Sorge um die Zukunft



Bild aus dem Jahr 2015. Trotz weitgehender Schließung der Westbalkanroute kamen auch im abgelaufenen Jahr rund 50.000 weitere Flüchtlinge illegal nach Österreich.

Auszug aus der Grundsatzerklärung des KHD-Vorstands an die Bundesregierung vom 3. Februar:

„Die im Regierungsübereinkommen erzielte Einigung, die illegale Immigration „massiv zu reduzieren“, ist ebenso wie weitere noch zu konkretisierende Übereinkommen ein Schritt in die richtige Richtung. Ziel kann jedoch nicht bloß eine Reduzierung, sondern muss zwingend der Totalstopp der illegalen Zuwanderung mit Verzicht auf Obergrenzen sein. Dazu ist verstärkt Druck auf die EU auszuüben.“

Massenzuwanderung macht die Integration eines Großteils der Flüchtlinge unmöglich, ist inhuman und erhöht dramatisch die Gefahr von Sozialkonflikten.

Arbeiten wir gemeinsam für eine lebenswerte Heimat

■ Nein zu Volksgruppenstreit, JA zum Ausbau eines friedlichen Miteinander. ■ Gehen wir mit gegenseitigem Respekt aufeinander zu. ■ Schließen wir auch alle anerkannten, integrationsbereiten, unsere Gesetze und unsere Lebensweise akzeptierenden Asylanten mit ein. ■ Jedoch: Eingebürgerte Immigranten haben sich – ohne Aufgabe ihrer Kultur – als Staatsbürger zu Österreich zu bekennen. Daher NEIN zu Doppelstaatsbürgerschaft.

Josef Feldner, Obmann

Ein ausgewogener Kompromiss

Am 10. Februar fanden auf Parteienebene Peter Kaiser (SPÖ), Christian Benger (ÖVP) und Marion Mitsche (Grüne) in der Streitfrage „Slowenisch in die Landesverfassung“ einen durchaus ausgewogenen Kompromiss.

Der Text:

„**Artikel 5:** Die deutsche Sprache ist die Landessprache sowie Sprache der Gesetzgebung und – unbeschadet der der Minderheit bundesgesetzlich eingeräumten Rechte – die Sprache der Vollziehung des Landes Kärnten.“

Artikel 7c: Das Land Kärnten bekennt sich gemäß Artikel 8 Abs. 2 der Bundesverfassung zu einer gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt, wie sie in Kärnten in der slowenischen Volksgruppe zum Ausdruck kommt.

Sprache und Kultur, Tradition und kulturelles Erbe sind zu achten, zu sichern und zu fördern.

Die Fürsorge des Landes gilt allen Landsleuten gleichermaßen.“

In einer am 16. Februar einstimmig gefassten Stellungnahme begrüßt der KHD-Vorstand diesen Kompromiss der Dreier-Koalition und stellt klar: „Mit der Festschreibung der deutschen Sprache als Landessprache ist keine Einschränkung und auch keinerlei Gefährdung der den Kärntner Slowenen in einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen zuerkannten Rechte und Einrichtungen verbunden“. Leider gibt es von slowenischer Seite noch keine endgültige Zustimmung zum Dreierkompromiss.

Die Bevölkerung ließ sich von Nazivorwürfen und anachronistischen Streitpositionen nicht provozieren

Von Josef Feldner

Schon im Vorfeld des Dreierkompromisses, aber auch danach, gab es heftige Proteste auf slowenischer Seite, unterstützt von Professoren der UNI Klagenfurt.

Das ist legitim und wäre auch nicht erwähnenswert, wenn die Proteste sachlich geblieben und nicht von verrückten, in den Medien verbreiteten Nazivorwürfen begleitet gewesen wären.



Demonstranten von der Landesregierung.

Wieder wurde die längst überwunden geglaubte Botschaft von krass benachteiligten Kärntner Slowenen bundesweit und vor allem auch in Slowenien verbreitet. So, ein slowenischer Verleger, der die angebliche Benachteiligung auf die Kurzformel „Deutsch regiert. Slowenisch pariert“ bringt.

Auch bei einer Demo in Klagenfurt wurden am 15. Februar Transparente mit „Nie wieder Faschismus“ gezeigt.

Nicht genug damit, wurde die neue Landesverfassung von einem bekannten Kommunalpolitiker mit Nazipropaganda verglichen.

Eine führende Slowenenvertreterin sieht im neuen Ver-

fassungsentwurf sogar „einen weiteren Schritt der Politik hin zur Erfüllung der einstigen Hitler-Parole: Macht mir dieses Land deutsch“. Unverständlich, dass eine renommierte Wiener Tageszeitung diesen üblen gegen die Kärntner Dreierkoalition (SPÖ, ÖVP und Grüne) gerichteten Nazivorwurf kritiklos bundesweit verbreitete.

Da darf man sich nicht wundern, wenn auch ein bekannter links-slowenischer Parlamentarier Österreichs Minderheitenpolitik im slowenischen Staatsfernsehen mit NS-Gedankengut in Verbindung bringt:

„Man muss sich der Politik „hier spricht man nur Deutsch“ entgegenstellen. Diese Politik ist die offizielle Doktrin von Österreich geworden und man muss die slowenische Minderheit schützen.“

Selbst Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor sah sich zur Verteidigung der angeblich diskriminierten Kärntner Slowenen aufgerufen.

In dieser Situation waren Klarstellungen von LH Peter Kaiser gegenüber dem slowenischen Staatsoberhaupt notwendig geworden.

Erfreulich, dass sich die Kärntner Bevölkerung weder von den üblen Nazivorwürfen noch von der absolut ungerechtfertigten Aufregung des offiziellen Slowenien provozieren ließ. Das ist auch ein Verdienst jener Kärntner Slowenen, allen voran Marjan Sturm, die gegenüber Slowenien die Verbalattacken gegen Österreich als völlig unangebracht zurückgewiesen haben.

**KLEINE
ZEITUNG**
GASTKOMMENTAR

Freitag, 10. Februar 2017

Vom Unsinn alter Feindbilder

Kärntens Lebensrealität muss sich in der Verfassung wiederfinden.

Da war der Sprachen und Nationalitätenstreit in der alten Habsburger Monarchie. Und dann der Grenzkonflikt nach dem Ersten Weltkrieg zwischen Österreich und dem neuen SHS-Staat, für den die Kärntner Slowenen sowie damals auch noch das schwebende Volkstum der Kärntner Windischen das machtpolitische Substrat bildete. Schließlich die Tragödien im und nach dem Zweiten Weltkrieg und die territorialen Ansprüche Tito-Jugoslawiens. Der Kärntner Abwehrkampf nach dem Ersten Weltkrieg und das Plebiszit, dass mit Hilfe der Angehörigen jenes slawischen Bevölkerungsanteils gewonnen wurde, die sich nicht als Nationalslowenen fühlten, sind bis heute konstituierende Elemente des Kärntner Landesbewusstseins. Der brutale Partisanenkrieg während des Zweiten Weltkriegs, die Verschleppungen durch die Tito-Partisanen nach Kriegsende und die bereits erwähnten Tito-kommunistischen Gebietsansprüche bildeten das durchaus verständliche Movens der sogenannten „Kärntner Urangst“. Tito-Jugoslawien gibt es nicht mehr, großslowenische Gebietsansprüche genauso wenig. Spätestens mit der Lösung des Ortstafelkonflikts ist der Südkärntner Grenzlandkonflikt und Volkstumskampf im Stadium der Historisierung.

Der Gedanke bei einer Neuformulierung der Landesverfassung die Kärntner Lebensrealität mit der autochthonen slawischen Minderheit auch konstitutionell abzubilden, entbehrt daher nicht einer gewissen inneren Logik. Der Satz allerdings, den die Dreier-Koalition in dem Entwurf der neuen Landesverfassung einbaute, dass Land und Kommunen die „gleiche Fürsorge für deutsch- und slowenischsprachige Landsleute“ aufwenden müssten, ist schlichtweg unsinnig. Warum spricht man vom „Deutsch- und Slowenischsprachigen“ warum nicht klarerweise von „Deutsch-Kärntnern“ und „Kärntner Slowenen“? Deutschsprachig sind sicher auch alle im Lande lebenden Slowenen. Und dass die Fürsorge des Landes allen Landesbürgern zu gelten hat, ist eine No-Na-Aussage, eine Selbstverständlichkeit.

Da hat man also einen Satz in den Verfassungsentwurf eingebaut, der mit Krampf den Terminus „slowenisch“ beinhaltet, allerdings einfältigerweise noch das Wort „Fürsorge“, was geradezu als Aufforderung von den Slowenen-Funktionären aufgefasst werden könnte, zusätzlich Forderungen zu stellen. Und dies scheint in einem Brief im April 2014 an den Landtagsprä-



Andreas Mölzer

sidenten von drei führenden Slowenen-Vertretern im Hinblick auf weitere topografische Bezeichnungen und eine weitere Ausdehnung des Slowenischen als Amtssprache auch geschehen zu sein. Aber zwischen Fordern und dann auch Durchsetzung ist ein gewaltiger Unterschied.

Insgesamt darf gefragt werden, warum nicht einfach im Artikel 5 der

bisher geltenden Landesverfassung, wo es heißt, „die deutsche Sprache ist die Sprache der Gesetzgebung und – unbeschadet der der Minderheit bundesgesetzlich eingeräumten Rechte – die Sprache der Vollziehung des Landes Kärnten“, den Terminus „slowenisch“ eingefügt hat. Es hieße dann: „unbeschadet, der der slowenischen Minderheit bundesgesetzlich eingeräumten Rechte“. Oder einen eigenen Artikel: „In Kärnten siedelt seit dem Frühmittelalter eine autochthone slowenische Volksgruppe, deren Existenz fester Bestandteil der Identität des Landes ist und deren Rechte bundesgesetzlich gewährleistet sind.“

Wenn nun aber der an sich läppische Fürsorgeanspruch der „Slowenischsprachigen“ als Vorwand missbraucht wird für parteitaktische Spielchen, ist dies bedauerlich und gefährlich. Langsam abklingende Emotionen und Ängste werden solcherart zurück aus ihrem Dämmer-schlaf geholt, Organisationen die ihre Sympathisanten nur mit Feindbildpflege zu Aktivität und Spenden bewegen können, wittern Morgenluft, und die Außer-Kärntner-Medienlandschaft die Chance, das beliebte „Kärnten-Bashing“ aufleben zu lassen.

Angesagt wäre also ein ehestmöglicher Schluss der Debatte, tätige Reue des schwarzen Parteiobmanns und ein wenig intellektuelle Beweglichkeit bei den Spitzen der beiden größten Parteien des Landes: Im Umfeld des Landeshauptmannes, ob es nicht eine klügere Festschreibung der slowenischen Minderheit in der Kärntner Verfassung geben könnte, sowie bei den führenden Köpfen der blauen Oppositionspartei, ob es für national-freiheitliche und patriotische Kärntner nicht endlich Zeit wäre, stolz darauf zu sein, dass es im Land neben den Deutschkärntner ein zweites Volkstum gilt mit unverwechselbarer Identität, einer europäischen Hochsprache und einer Kultur, mit der wir seit nahezu eineinhalb Jahrtausenden zusammenleben.

*Andreas Mölzer ist Herausgeber des Wochenmagazins Zur Zeit und war von 2004-2014 Mitglied des Europäischen Parlaments

In diesem Gastkommentar für die KLEINE ZEITUNG vom 10. Februar 2017, erteilt der Obmann-Stellvertreter des KHD, Andreas Mölzer, all jenen, die mit skurrilen Vorwürfen neuen Streit provozieren, eine klare Absage.

Stellungnahme zu dem am 18. März 2017 in der KLEINEN ZEITUNG veröffentlichten Beitrag „Der 10. Oktober ist der Anlass, nicht das Thema“

Der 10. Oktober muss 2020 bei den Landesveranstaltungen das zentrale Thema sein

Von Josef Feldner



Dankbare Erinnerung an den Kärntner Abwehrkampf und Versöhnung mit den ehemaligen „Kämpfern um die Nordgrenze“ – unseren einstigen militärischen Gegnern – sind kein Widerspruch. Bild links: Kranzniederlegung für die Gefallenen im Abwehrkampf. Bild rechts: Josef Feldner und Rudi Pfafar, der Generalsekretär des slowenischen „Verbandes Rudolf Maister“ reichen sich zur Versöhnung die Hände.

Ich begrüße die Absicht des Landes Kärnten im Jubiläumsjahr 2020 eine Landesausstellung mit einer Reihe von Veranstaltungen durchzuführen und ich bin auch von der Kompetenz des mit der Vorbereitung beauftragten Historikers Peter Fritz überzeugt. Wenn er jedoch sagt, „wichtig ist mir, dass wir uns vom 10. Oktober lösen, er ist Anlass, aber nicht Thema“, dann kann ich dem nicht zustimmen.

Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten

Es gibt keine plausible Erklärung dafür, den Tag der Kärntner Volksabstimmung von der Landesausstellung und den Begleitprogrammen als Thema zum 100. Jahrestag auszuklammern. Und noch etwas: Wenn der 10. Oktober kein Thema sein soll, dann bräuchte man 2020 auch keine Jubiläumsveranstaltungen.

Dazu sei klargestellt: Der 10. Oktober ist längst bereits kein Tag der Schuldzuweisungen mehr gegenüber unseren slowenischen Landsleuten, und auch kein Tag der gegenseitigen Aversionen und des Misstrauens, zumal es heute weitestgehend unbestritten ist, dass ohne die Stimmen eines großen Teils der slowenischsprachigen Abstimmungsberechtigten die Volksabstimmung 1920 nicht zugunsten Österreichs ausgegangen wäre. Das darf nicht vergessen werden und das gilt es zu würdigen!

Kärntner Konsensgruppe setzte erfolgreich Akte der Versöhnung

In diesem Sinne haben die deutsch- und die slowenischsprachigen Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe 2006 in Anwesenheit der Spitzenpolitik Kärntens eine „Feierliche Erklärung“ zum „10. Oktober, dem Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ abgegeben und seither sich mit gemeinsamen Abstimmungsfeiern, verbunden auch mit dem Freundschafts-

besuch einer Nachbargemeinde in Slowenien, erfolgreich um Versöhnung bemüht.

Und es wurden in der Folge weitere Schritte gesetzt. Seit 2013 gedenken alljährlich Repräsentanten aus Kärnten und Slowenien am Stadtfriedhof Völkermarkt unter dem Motto „Sie starben im Glauben an ihre Heimat“ auch der Opfer auf der Gegenseite.

Am 7. Oktober 2016 nahm an diesem Opfergedenken erstmals ein hochrangiger Traditionsträger der „Kämpfer um die Nordgrenze“ – der ehemaligen militärischen Gegner unserer Kärntner Abwehrkämpfer – aus Slowenien teil.

Die Kärntner Landeseinheit ist nun endgültig keine Streitfrage mehr und wir sind einen großen Schritt weiter gekommen im Bemühen zu überwinden, was uns viel zulange getrennt hat.

„Der Abwehrkampf ist zu Ende. Die Versöhnung ist Realität geworden“

Warum soll somit unter diesem Motto die Kärntner Volksabstimmung an ihrem 100. Jahrestag nicht zentrales Thema sein? Das schließt ja auch andere Themen nicht aus.

Der Kärntner Heimatdienst will sich in die Vorbereitung und Gestaltung der Landesveranstaltungen 2020 positiv einbringen. Er wird aber auch dafür sorgen – allenfalls auch mit eigenen Veranstaltungen – dass dem 10. Oktober als „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“, ebenso wie den geschichtlichen Ereignissen zuvor, die gebührende zentrale Position eingeräumt werden wird.



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Klagenfurt-Annabichl (links) und an die Opfer der Titopartisanen in Liescha/Leše (rechts).

Niemals vergessen! Unser Gedenken schließt alle Opfer ein

Seit Jahren gedenkt der Heimatdienst zu Weihnachten gemeinsam mit slowenischen Mitgliedern der Kärntner Konsensgruppe sowohl der Opfer des Nationalsozialismus am Friedhof in Klagenfurt-Annabichl als auch der Kärntner Nachkriegsopfer eines archaischen Rachedenkens der Titopartisanen an der Gedenkstätte in Liescha/Leše.

KHD-Obmann Josef Feldner wies in seiner Gedenkansprache auf die besondere Bedeutung eines gemeinsamen Opfergedenkens für den Frieden hin. Unter Beachtung des Grundsatzes von Ursache und Wirkung, gilt es dabei einen Beitrag zur endgültigen Überwindung von historisch bedingten Aversionen, von Hass und Misstrauen zu leisten, betonte Feldner und appellierte an die Teilnehmer: „Wir können im Großen in einer von Hass erfüllten Welt nichts bewegen, wohl jedoch zum Frieden in Kärnten beitragen.“

Der Obmann des slowenischen Zentralverbandes, Marjan Sturm, erinnerte an die „Millionen von Opfern des national-

sozialistischen Regimes. Der Holocaust zählt zu den brutalsten Formen menschlicher Verachtung, menschlicher Qual und menschlicher Vernichtung. Schon gleich nach dem Krieg kam es zu Rache- und Vergeltungsaktionen. Und heute befindet sich die Welt wieder vor großen Herausforderungen.

Ich verneige mich auch vor den Nachkriegsopfern in Leše“.

Übereinstimmend legten Feldner und Sturm ein Bekenntnis zu einem noch verstärkten Dialog als „Königdisziplin des Zusammenlebens“ ab. Das sind die Lehren der Vergangenheit. Nur so werden wir vielen Millionen von Opfern von Krieg und Gewalt wirklich gerecht.

Hohe Auszeichnung für Heinz Stritzl

Dem verdienstvollen Mitglied des Kärntner Heimatdienstes und Mitglied der Kärntner Konsensgruppe, Chefredakteur a.D. Heinz Stritzl wurde am 1.



März im Rahmen eines Festaktes von Bürgermeisterin Marie Luise Mathiaschitz die Goldene Medaille der Landeshauptstadt Klagenfurt überreicht für dessen große Verdienste um Klagenfurt.

Die Laudatorin und Kleine-Zeitung Chefredakteurin Antonia Gösinger würdigte den Einsatz des gebürtigen Steirers und emotionalen Gottscheers Stritzl für seine zweite Heimat.

Herzlichen Glückwunsch!

Im Gedenken an Fritz Schimun

Unser langjähriges Mitglied der Verbandsleitung, Fritz Schimun, ist nach langer schwerer Krankheit am 18. März verstorben.

Fritz Schimun hat sich im organisatorischen Bereich sehr verdient gemacht. Er war wesentlich beteiligt an der Errichtung der Gedenkstätte für die von Titopartisanen nach Kriegsende ermordeten Kärntner Zivilpersonen in Liescha. Ein auch grenzüberschreitendes friedliches Miteinander waren ihm stets ein großes Anliegen. Wir werden ihn in bleibender Erinnerung behalten.



Massenzuwanderung ist nicht gestoppt. Auch „gespernte“ Balkanroute bleibt löchrig

Der Flüchtlingsstrom übers Mittelmeer ist weiter angewachsen



Flucht über die grüne Grenze bei Nikelsdorf.

2016 kamen 42.000 Flüchtlinge illegal nach Österreich. Die Dunkelziffer ist noch weit höher. 36.000 stellten einen Asylantrag. Trotz Bemühen der Regierung, illegale Zuwanderung „massiv zu reduzieren“, sind für 2017 hochgerechnet zumindest weitere 30.000 zu erwarten. Offiziellen Angabe zufolge, halten sich 40.000 Flüchtlinge illegal, als „U-Boote“ in Österreich auf. Ein in den kommenden Jahren stark anwachsender Familiennachzug könnte diese Zahlen noch verdoppeln! Die Fluchtroute Mittelmeer ist nach wie vor offen wie ein Scheunentor.

„Gespernte“ Balkanroute wird nach wie vor von Tausenden illegal überwunden

Auch wenn 2016 bereits deutlich weniger Asylwerber auf dem Landweg gekommen sind, gelangen nach wie vor täglich Dutzende über die grüne Grenze nach Österreich.

Viele davon schlagen sich dann bis Deutschland durch, wo allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres 3.000 aufgegriffen wurden. Die Anzahl derjenigen Asylwerber, die unerkannt einsickern konnten, ist laut „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ noch weit höher. Und es ist noch kein Ende abzusehen.

Statt effiziente Maßnahmen zum Schutz der Außengrenze zu setzen, bietet EU-Chef Juncker weiterhin allen Flüchtlingen Zuflucht an



In dieser prekären Situation kündigt EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker nicht etwa alle Kräfte zum Schutz der EU-Außengrenze einzusetzen an, sondern verspricht ganz im Gegenteil ein weiterhin offenes Europa für alle Flüchtlinge:

„Europa muss den Menschen, die aus den Kriegsgebieten und vor dem Terror fliehen, Zuflucht bieten. Unsere Werte, unsere Art des Zusammenlebens in Freiheit, im Miteinander und in Offenheit sind die besten Waffen gegen den Terror.“

Kein Wort darüber, dass bisher allein Deutschland, Österreich und Schweden die schwere Last der Massenzuwanderung zu tragen haben, und kein Wort darüber, dass die große Mehrheit der Flüchtlinge nicht vor Terror, sondern in der Hoffnung auf ein besseres Leben zu uns kommt mit Zehntausenden gewaltbereiten Islamisten im Schlepptau.

Solange die EU-Außengrenze durchlässig bleibt, wird sich der Massenzustrom ungebremst fortsetzen

Kein Wunder, dass angesichts solcher Worte eines EU-Spitzenrepräsentanten die Menschen in Europa den Glauben an

eine EU als Schutzgemeinschaft und Solidargemeinschaft verloren haben und zunehmend in Angst vor einer Zukunft in Unsicherheit leben.

Und es ist kein Wunder, wenn sich immer mehr Menschen von einer zahnlos, ja hilflos operierenden EU abwenden, von einer EU, die ganz offenkundig nicht in der Lage ist, die EU-Außengrenze effizient zu schützen.

Während die illegale Zuwanderung über die im März 2016 unter maßgeblicher Beteiligung Österreichs gespernte Westbalkanroute deutlich schwieriger geworden ist, können Flüchtlingsboote der Schleppermafia nahezu ungehindert aus Afrika in Richtung Europa auslaufen.



Ein Schiff der italienischen Küstenwache bei der als „Rettungsaktion“ bezeichneten Übernahme aus einem seeuntauglichen Boot. Statt zurück nach Afrika, geht die Fahrt weiter nach Italien.

Die Küstenwache der EU-Anrainerstaaten beschränkt ihre Tätigkeit – sofern sie

überhaupt im Mittelmeer präsent sind – darauf, in Seenot geratene Flüchtlinge von gekenterten seeuntauglichen Flüchtlingsbooten der Schleppermafia gemeinsam mit privaten Hilfsorganisationen vor dem Ertrinkungstod zu retten und nach Italien zu bringen.

Nach Angaben der weitestgehend ineffizient operierenden EU-Grenzschutzagentur Frontex kamen mehr als die Hälfte der 2016 in Italien angekommenen 180.000 Bootsflüchtlinge aus Westafrika.

An einem einzigen(!) Tag wurden 3.000 Flüchtlinge gerettet und nach Europa gebracht

Auch wenn die Anzahl der im Vorjahr mit fast 5.000 ertrunkenen Flüchtlingen erschreckend hoch ist, so ist das nur ein Bruchteil der nach UNO-Angaben seit Jänner 2016 in Europa insgesamt 300.000 angekommenen Flüchtlinge.

Einem Bericht der Katholischen Militärseelsorge Deutsch-



90 Schwarzafrikaner werden aus diesem Schlauchboot auf ein deutsches Schiff genommen.

land sind unter Bezugnahme auf eine Anfragebeantwortung an die deutsche Bundesregierung 2015 rund 170.000(!) Flüchtlinge aus Seenot gerettet worden

Diese Rettung kalkulieren die sich mehr und mehr bereichernden Schlepper ein und scheuen sich nicht, von Flüchtlingen für eine

Überfahrt auch in zum Kentern verurteilten Schlauchbooten(!) Tausende Euro zu kassieren.

Ankündigungen, auch die Mittelmeerroute für Flüchtlinge zu sperren, konnten noch nicht realisiert werden

Es ist lobenswert, wenn Außenminister Sebastian Kurz aufruft, „eine Rettung aus dem Mittelmeer darf kein Ticket nach Europa sein“ und für die konsequente Rückbegleitung der Flüchtlingsschiffe nach Afrika plädiert. Nur bleiben solche Aufrufe leider wirkungslos, solange die EU und auch die EU-Anrainerstaaten nicht tätig werden.



Ein Auffanglager in Libyen.

Auch die bereits Ende des Vorjahrs von der deutschen Bundesregierung im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ verbreitete Ankündigung, den Weg der Flüchtlinge über die Mittelmeerroute „massiv zu erschweren“, ist ein Vierteljahr später noch nicht einmal ansatzweise realisiert.

Das gilt für die Forderung, Flüchtlinge nach ihrer Rettung aus Seenot direkt ans afrikanische Festland zurückzubringen ebenso, wie für die Forderung, in Tunesien nahe der libyschen Grenze „Auffanglager“ unter Leitung der UNO zu errichten. Mit der Möglichkeit, dort Asyl in Deutschland oder anderen EU-Ländern zu beantragen.

EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani sprach sich zwar Anfang Februar auch für „Auffanglager“ unter Kontrolle der UNO aus. Weitere Initiativen der EU sind jedoch bisher ausgeblieben.

Auch ein auf Malta Anfang des Jahres von der EU beschlossener 10-Punkte-Plan, der u. a. ebenfalls den Aufbau von „sicheren und angemessenen Aufnahmeeinrichtungen“ der UNO in Libyen vorsieht, lässt noch keine Anzeichen von Realisierung erkennen.

EU-Appell an Flüchtlinge: „Bleibt in Afrika“, konnte Migration über das Mittelmeer noch nicht stoppen

Erfolgversprechend hört sich die im vergangenen Oktober erfolgte Bekanntgabe von Maßnahmen zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms nach Europa an. Das soll laut Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, über Migrationspartnerschaften und maßgeschneiderten Kooperationsplänen mit den

fünf afrikanischen Staaten Niger, Nigeria, Senegal, Mali und Äthiopien gelingen.

Mit EU-Geld und weiteren Maßnahmen sollen die Menschen von der Flucht abgehalten werden. Allein in Äthiopien warten 700.000 Menschen aus Somalia, Eritrea und Südsudan, um nach Europa zu kommen.

Mit den Migrationspartnerschaften soll ein Signal an die Herkunfts- und Transitländer am Schwarzen Kontinent gesendet werden: „Bleibt in Afrika!“ betont ein hochrangiger EU-Diplomat, wie der „Kurier“ berichtet.

Messbare Erfolge, sind bis heute – ein halbes Jahr später – noch nicht gemeldet worden.

Spanien griff schon vor Jahren zur Selbsthilfe und reduzierte den Flüchtlingsstrom auf ein Minimum

In dieser Situation hat schon vor Jahren Spanien zur Selbsthilfe gegriffen und zwingt seither Migrantenschiffe über den Atlantik auf die Kanarischen Inseln. Solche Bilder mit Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln gehören heute weitgehend der Vergangenheit an.



Solche Bilder mit Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln gehören heute weitgehend der Vergangenheit an.

kunfts- und Transitländer, die mit Milliardenhilfe für die Rücknahme von Flüchtlingen belohnt werden.

Waren 2006 noch 32.000 Flüchtlinge auf den Ferieninseln gestrandet, so sind es derzeit nur ein paar Hundert Afrikaner jährlich.

Europas Schicksalskontinent in Fragen der Migration ist Afrika



Ein Heer von Flüchtlingen aus dem Südsudan wartet auf die Gelegenheit einer Überfahrt nach Europa.

Die Flüchtlinge aus Syrien und dem Nahen Osten sind nur die Vorhut. Hunderttausende warten im Sudan.

Das schrieb Johannes Singhammer, Bundestagsvizepräsident (CSU) in einem Gastkommentar für das deutsche Nachrichtenmagazin FOCUS.

Daraus einige Kernaussagen:

- „Deshalb tut Deutschland gut daran, alle Kraft darauf zu verwenden mit den Staaten in Afrika zu kooperieren – und zwar auf Augenhöhe.
- Wenn es den Menschen in Afrika schlecht geht, dann wird es Europa nicht gut gehen.
- Es ist vordringlich, Fluchtursachen zu bekämpfen. Konkret am Beispiel Sudan.
- Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte zu echter Kooperation. Nur wenn eine wachsende Zahl junger Menschen eine Perspektive beim Verbleiben sieht, werden sie sich nicht in den Migrationsstrom einreihen.“

Außenminister Kurz: „Illegale Migranten dürfen Europa nicht erreichen“.

Neuerlich Scharfe Kritik an EU und NGOs

Statt von skrupellosen Schlepper-Banden geheuerte, zumeist seeuntaugliche Schiffe im Einvernehmen mit den afrikanischen Mittelmeerstaaten am Ablegen zu hindern oder zur afrikanischen Küste zurück zu eskortieren, werden Tag für Tag Tausende in Seenot geratene illegale Flüchtlinge von den Küstenwachen der EU-Anrainerstaaten gerettet und zumeist nach Italien gebracht.

Nach einem Lokalausgang fordert nun Außenminister Sebastian Kurz die EU auf, „diesem Wahnsinn“ ein Ende zu bereiten.

Nach wiederholter Kritik an der EU-Flüchtlingspolitik erhebt Kurz Ende März neuerlich schwere Vorwürfe mit der Kernaussage: „Die EU betreibt ein Flüchtlingsschlepperprogramm.“



Nach einem Besuch der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex, dessen Direktor Klaus Rösler die Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen und die Weiterbeförderung nach Italien als Hauptaufgabe erklärt, beschuldigt Außenminister Sebastian Kurz die EU mit ihrem verfehlten Flüchtlingsprogramm das Schlepperunwesen zu fördern.

Für die Rückführung nach Nordafrika gäbe es kein Mandat, erklärt der Frontex-Direktor. Das nützen die Schlepper eiskalt aus und stopfen immer mehr Menschen in immer marodere Boote. So sei Frontex zum „Teil des Schlepper-Geschäftsmodells geworden“, wird betont und der Frontex-Direktor ergänzt: „Je mehr Menschen aus Seenot gerettet werden, desto mehr riskieren die lebensgefährliche Überfahrt – desto mehr Menschen ertrinken.“

Wie lange soll der Wahnsinn weitergehen? Wie lange noch sollen alljährlich weitere Tausende ertrinken?

„Dieser illegale Migrationsstrom und damit das Sterben muss gestoppt werden.“ fordert Kurz nach seinem Besuch in Maltas Hauptstadt Valetta und richtet schwere Angriffe an die Adresse diverser NGOs, die mit einer Flotte von eigenen Schiffen im Mittelmeer unterwegs seien, um Illegale von ihren seeuntüchtigen Booten zu retten.

Dieser „NGO-Wahnsinn“ müsse aufhören, fordert Kurz, denn manche Hilfsorganisationen „arbeiten mit den Schleppern zusammen“, was Rotes Kreuz und „Ärzte ohne Grenzen“ postwendend empört zurückweisen.

Kurz: Das Asylsystem gehört von Grund auf umgestellt. Illegale Migranten dürfen Europa nicht erreichen

Es müsse klar sein, so Kurz, dass jemand, der auf illegalem Weg in die EU kommt, keine Chance auf ein Asylverfahren hat. Dafür müssten echte Kriegsflüchtlinge direkt in den Krisengebieten die Möglichkeit erhalten, in der EU um Asyl anzusuchen.

Doch der EU ist es bis heute noch nicht gelungen, solche Möglichkeiten zu schaffen. Und solange die EU säumig bleibt, solange wird Frontex statt ihre ursprüngliche Aufgabe eine Grenzschutzagentur zu erfüllen, nichts anderes tun können als Migranten aus Seenot zu retten und in Italien in Sicherheit zu bringen.

Was tun, um eine Völkerwanderung nach Europa zu verhindern?

Dazu gilt es dem Ansturm wirkungsvoll zu begegnen! Nicht bloß eine Reduzierung, ein Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung ist anzustreben. Das bedeutet kein Nein zum Recht auf Asyl gemäß der „Genfer Flüchtlingskonvention“ und auch kein Nein zu legaler Zuwanderung in vertretbarem Umfang und nach Maßgabe unserer nationalen Interessen.

Ein Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung nach Europa ist nur möglich bei umfassendem Schutz der EU-Außengrenzen und bedingungslosem Kampf gegen die Fluchtursachen Krieg und Hunger. Diesbezüglich hat die Bundesregierung den Druck auf die EU massiv zu verstärken!

Es gilt schon jetzt, und nicht erst in Zukunft, den Menschen in den Kriegsgebieten Sicherheit durch Beendigung der Kriege und Bleibemöglichkeit mit einem raschen Wiederaufbau und damit Arbeit und Lebensqualität zu schaffen. In den Armutsländern gilt es den Hunger massiv zu bekämpfen.

Das ist nur möglich mit dem Einsatz von Hunderten Milliarden EURO aus Mitteln einer Weltgemeinschaft vor Ort mit einem „neuen Marshallplan“ zur nachhaltigen Friedens- und Zukunftssicherung.

Schlagzeilen zur Flüchtlingskatastrophe aus anderen Zeitungen



Zum Thema Massenzuwanderung gibt es unzählige Kommentare und Stellungnahmen aus unterschiedlicher Sichtweise. Nachfolgend daraus eine bunt gemischte Auswahl von Kernaussagen bekannter Persönlichkeiten, die die kritische Haltung des Heimatdienstes zur Massenzuwanderung unterstreichen.

Leider bleiben insbesondere Aussagen von Politikern nur allzu oft im Projektstadium stecken.

Außenminister Gabriel fordert Kampf gegen Islamismus und Terrorismus

Noch als SPD-Chef forderte der nunmehrige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel:

„Wenn wir den Kampf gegen Islamismus und Terrorismus ernst meinen, muss es auch ein kultureller Kampf werden.

Wir müssen den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken ... und gegen islamische Hassprediger hart durchgreifen ... Salafistische Moscheen müssen verboten, die Gemeinden aufgelöst und die Prediger ausgewiesen werden. Und zwar so bald wie möglich ... Wer zu Gewalt aufruft, genießt nicht mehr den Schutz der Religionsfreiheit.“

Sigmar Gabriel (SPD) im Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL: siehe auch ZEIT ONLINE am 6. Jänner 2017.

Nicht-Deutsche Umgangssprache auf dem Vormarsch. In Wien bereits 50 %

Knapp ein Viertel der Schüler in Österreich spricht eine andere Umgangssprache als Deutsch. Das sind um 8 % mehr als noch vor 10 Jahren. In Wien beträgt der Anteil der Schüler mit nicht deutscher Umgangssprache bereits 50 %. Den höchsten Zuwachs gab es in jüngster Zeit bei Arabisch. Damit spiegelt sich die Migrationswelle der vergangenen Jahre wieder.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Februar 2017

Europa droht eine Völkerwanderung, wenn die Weltgemeinschaft nicht endlich den Hungerländern nachhaltig hilft

UNO Nothilfskoordinator Stephen O'Brien hat in einem dramatischen Appell den Weltsicherheitsrat zur Hilfe für Millionen hungernder Menschen aufgerufen. Nach seinen Worten droht insgesamt rund 20 Millionen Menschen im Jemen, Südsudan, Somalia und Nigeria der Hungertod.

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hat bei einem Besuch in Somalia Hilfgelder von 773 Millionen Euro erbeten. KLEINE ZEITUNG, 13. März 2017

Dazu stellen wir fest: Mit noch so eindringlichen Aufrufen der UNO ist nichts getan. Die Lage ist so dramatisch, dass endlich gehandelt werden muss.

Ohne einen neuen „Marshallplan“ einer Weltgemeinschaft in einem bisher noch nie dagewesenem Milliardenumfang werden Millionen Menschen verhungern und es wird ein Millionenheer verzweifelte Menschen in einer gewaltigen Völ-

kerwanderung nach Europa aufbrechen (siehe dazu auch die Seiten 6 und 7).

In 60 Staaten werden 250 Millionen Christen verfolgt oder diskriminiert. Das christliche Europa schaut tatenlos zu



Über 100.000 Christen werden jedes Jahr aufgrund ihres Glaubens getötet, sagt der EU Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit, Jan Figel.

„Nie war die Lage gläubiger Christen so prekär wie heute. Im Blick auf die globale Kirchengeschichte zählten die Jahre 2015 und 2016 zu den schlimmsten Zeiten überhaupt. In rund 60 Staaten werden etwa 250 Millionen Christen wegen ihrer Religion verfolgt oder diskriminiert.“

Religion verfolgt oder diskriminiert.

In der westlichen Öffentlichkeit passt das Thema nicht in das vermeintlich aufgeklärte Weltbild und stört die bequemen Vorstellungen vom Dialog der Religionen.“

Auszug aus einem Bericht in der KLEINEN ZEITUNG vom 13. Dezember 2016.

Siehe dazu auch Seite 10.

Die Angst geht um. 53 % der Österreicher fühlen sich unsicher. 61 % haben Angst vor Muslimen

Laut einer neuen Studie des Integrationsfonds hat sich für 53 % der Österreicher das persönliche Sicherheitsgefühl durch die im Flüchtlingsstrom mitgeschwommenen gewaltbereiten Flüchtlinge verschlechtert.

Das Zusammenleben mit Muslimen wird überwiegend negativ beurteilt.

■ 61 % sagen, es sei (sehr) schlecht,

■ nur 7 % sagen : Ja der Islam gehört zu Österreich.

Tageszeitung ÖSTERREICH, 22. März 2017

Dazu: Hier haben die Moslemorganisationen akuten Handlungsbedarf! Diese müssten in den Medien offensiv gegen Islamismus auftreten und islamistischen Terror in großer Aufmachung verurteilen. Das wäre auch ein wirkungsvolles Mittel gegen Pauschalverdächtigungen von Muslimen, deren überwiegende Mehrheit an einem friedlichen Zusammenleben mit der angestammten Bevölkerung interessiert ist.

Aber auch die Politik hat akuten Handlungsbedarf. Siehe Beitrag Seiten 11 und 12.

Stoppt die Ermordung der Christen im Nahen Osten! Ein Hilferuf des katholischen Oberhauptes von Bagdad bleibt weitestgehend ungehört, trotz 250 Millionen verfolgter Christen.

Hat sich Europa bereits vom Christentum verabschiedet?



„Stoppt die Ermordung der Christen im Nahen Osten“ fordert der katholische Patriarch von Babylon, Lois Raphael Sako in einem als „Aufschrei“ bezeichneten Aufsehen erregenden Buch. Aber das christliche Europa schaut tatenlos zu. Die Repräsentanten der verschiedenen christlichen Glaubensgemeinschaften bleiben stumm. Auch in Rom läuten nicht die Alarmglocken. Im Gegenteil: Österreichs Bischofskonferenz sieht in der Burka ein schützenswertes religiöses Zeichen. Was ist los? Schafft sich das Christentum selbst ab?

Acht von zehn Menschen, die wegen ihrer Religion verfolgt werden, sind Christen

Keine andere Glaubensgemeinschaft ist derart schlimmen Anfeindungen ausgesetzt. Darauf machte bereits vor einem Jahr eine österreichische Initiative verschiedener christlicher Organisationen aufmerksam. Besonders arg ist heute die Lage der Christen im Nahen Osten. Lediglich im latent instabilen Libanon befinden sich die Christen einigermaßen in Sicherheit. In Syrien lebten Christen und Moslems vor Ausbruch des Bürgerkriegs friedlich zusammen. Anfang des 20. Jahrhunderts waren im Nahen Osten 25 % der Bewohner Christen, heute gehören nur mehr 3 % einer christlichen Glaubensgemeinschaft an. Und auch diese leben in ständiger Angst.

Derzeit sei die Lage im Irak am schlimmsten, betonte der EU-Sonderbeauftragte Jan Figel Ende des Jahres in Wien. Seit 2003 seien bereits zwei Drittel der seinerzeit mehr als eineinhalb Millionen Christen vertrieben worden oder ausgewandert.

Dass sich unter den Verfolgerstaaten 35 islamische befinden, sei damit zu erklären, dass der Islam die westliche Unterscheidung von Religion und weltlicher Macht nicht kennt. Der Einzelne ist nur dann vollberechtigter Träger von Rechten und Pflichten, wenn er der islamischen Gemeinschaft angehört.

Besonders traurig ist, dass sich christliche Flüchtlinge selbst in Europa nicht sicher fühlen können, wie hunderte von Islamisten verübte Übergriffe auf Christen in Flüchtlingsunterkünften beweisen.

Patriarch von Babylon übt heftige Kritik an der „peinlichen, anpasserischen Haltung der Kirchen in Europa“

In einem als „Aufschrei“ bezeichneten Buch mit dem Titel

„Marschier endlich ein!“ hat kürzlich einer der wichtigsten Kirchenleiter im Nahen Osten, das Oberhaupt der Chaldäisch-Katholischen Kirche, Lois Raphael Sako (Bagdad) den Westen aufgefordert, „die Morde an Christen endlich zu stoppen“. Ein kurzer Auszug daraus: „Sie wurden von Muslimen vertrieben und müssen nun die bittere Erfahrung machen, dass selbst die Kirche peinlich auf politische Korrektheit bedacht ist, die bei Muslimen nun wirklich keinen Stellenwert hat. Hat sich der abendländische Kontinent schon gänzlich vom Christentum verabschiedet? Haben wir nicht mehr den Mut, zu unseren christlichen Wurzeln zu stehen – etwa aus vorauseilendem Gehorsam in Verbindung mit Angst vor Racheakten?“

Währenddessen äußert Bischofskonferenz „menschenrechtliche“ Bedenken gegen „Kleidungsvorschriften“

Entgegen Bedenken muslimischer Frauen, wie etwa der gebürtigen Mazedonierin Zana Ramadani in ihrem Buch „Die verschleierte Gefahr“ kritisierte die Österreichische Bischofskonferenz Ende Februar ein kürzlich von der rot-schwarzen Koalition im Integrationsgesetz verankertes Burkaverbot im öffentlichen Raum. Es müsse die grundsätzliche Freiheit, Kleidung frei wählen zu können gewährleistet sein. Wie auch die evangelische Kirche, haben die Bischöfe menschenrechtliche Bedenken. Es solle klar definiert werden, in welchen Fällen das Gesicht gezeigt werden muss, etwa vor Gericht oder an Schulen.

Wann werden die tagtäglich im Nahen Osten und anderswo an Christen verübten Menschenrechtsverbrechen auch von unseren Kirchen zum zentralen Thema erhoben werden? Wann werden verzweifelte Hilferufe, wie jene des Patriarchen von Babylon in christlicher Solidarität aufgegriffen und mit ganzer Kraft unterstützt werden?

Was wird aus der Türkei?

Bei Redaktionsschluss hatte das Verfassungsreferendum in der Türkei (16. April) noch nicht stattgefunden. Sollte das Referendum zu Gunsten des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan ausgehen, muss sich die Welt auf ein diktatorisches Regime in der Türkei einstellen, mit riesigen Gefahren für Europa. Ausführlicher Bericht darüber in unserer Juni-Ausgabe.

LAND KÄRNTEN
Volkskultur

Bitte um Ihren FREIWILLIGEN BEITRAG

zur Abdeckung der hohen Kosten zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit.

Wir finanzieren weitgehend aus eigenen Mitteln Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie der deutschen Volksgruppe in Slowenien, aber auch in anderen Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie. **DANK IHRER HILFE** können wir auch heuer wieder als NOTHELPER ganz wesentlich zum Überleben der deutschen Kulturvereine in Slowenien, aber auch zur Unterstützung vieler förderungswürdiger Projekte, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit in Kärnten beitragen.

Mit Ihrem Beitrag zeigen Sie Solidarität mit unserer dem Gemeinwohl dienenden Arbeit. VIELEN DANK!

Dringender Appell an die Politik

Schafft endlich mehr Sicherheit mit erhöhtem Druck auf die EU!

In den letzten 3 Jahren sind laut EUROSTAT mehr als 3 Millionen Flüchtlinge bei noch viel höherer Dunkelziffer nach Europa gekommen. Der Großteil hievon nach Deutschland und Österreich. Während des Massenansturms 2015 kamen mehr als die Hälfte ohne Papiere. Offiziellen Angaben zufolge wird die Anzahl von nicht registrierten Flüchtlingen in Deutschland auf 500.000(!) in Österreich auf 40.000 geschätzt. Wie viele hievon gewaltbereit sind, ist unbekannt. Mehr als ein Dutzend Terroranschläge mit Hunderten Toten im Herzen Europas. Die Bürger Europas fürchten zunehmend um ihre Sicherheit. Da gilt es, den Druck auf die EU massiv zu erhöhen.

Bürger verlieren das Vertrauen in den Staat

Als 2015 täglich bis zu Zehntausend Flüchtlinge unkontrolliert, vorbei an jubelnden Menschen, bestärkt durch eine die Willkommenskultur pflegende Politik ins Land kamen, dachten noch die Wenigsten an Gefahren, die damit verbunden sind, und dass im bejubelten Flüchtlingsstrom tausende Gewaltbereite mitgeschwommen sind. Heute wissen wir auch, dass 60 % ohne Ausweispapiere einreisen.

Mit dem „Erfolg“, dass die Innenminister in Deutschland und Österreich nicht annähernd angeben können wie viele unregistrierte Illegale sich im Land befinden. Einer Anfragebeantwortung von Innenminister Wolfgang Sobotka zufolge, wurden vom 1. Jänner bis 31. August 2016 fast 40.000 illegal eingereiste Personen aufgegriffen. Wieviel hievon einen Asylantrag gestellt haben, konnte nicht angegeben werden. Das wurde von Verteidigungsminister Doskozil in einem ZIB 2 Interview bestätigt, der überdies auch bestätigt, dass von den abgelehnten Asylwerbern mangels Rücknahmeabkommen mit ihren Herkunftsländern 90 % nicht abgeschoben werden konnten.

Gefahrenpotential wächst. Oberster Verfassungsschützer warnt vor „Islamisten-Boom“



Salafisten auf öffentlichen Plätzen. Sie sind auf Missionierung aus und propagieren die Einführung der Scharia, des islamischen Rechts auch bei uns.

Auf dem europäischen Polizeikongress im Februar in Berlin warnte der Präsident des deutschen Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen vor einem rasanten Anwachsen der radikalen Islamistszene. Inzwischen müsse man schon 1.600 Personen zum terroristischen Personenpotential zählen, hievon 570 „Gefährder“ mit Anschlägsplänen.

Dazu kommen noch mehr als 10.000 zur islamisch-terroristischen Szene zählende „problematische Personen“ sowie 9.700 Salafisten.

Bei uns ist dieses Gefahrenpotential, gemessen an der Einwohnerzahl, nahezu deckungsgleich.

Da darf man sich nicht wundern, wenn schon weit mehr als 50 % der Bürger Europas ernstlich um ihre Sicherheit besorgt sind und keine weitere Zuwanderung von Moslems mehr wollen.

In Österreich fühlen sich einer Integrations-Studie zufolge 53 % der Bürger unsicher. 61 % haben Angst vor Muslimen.

Solche Ängste werden bestärkt durch eine in der Tageszeitung ÖSTERREICH veröffentlichten Studie, der zufolge 25 % der muslimischen Jugendlichen in Österreich „Gewalt gegen Ungläubige“ akzeptieren und bereit sind, den „Heiligen Krieg“ zu unterstützen.

Die Politik hat dringenden Handlungsbedarf. Erste Schritte: Eine Reihe von Ministervorschlägen

Unserer Politik sind derzeit in ihrer Bewegungsfreiheit gegen extremistische Straftäter oft die Hände gebunden. Es muss erst etwas passieren, dass Gefährder in Untersuchungshaft genommen werden

Um den Menschen ein Gefühl der Sicherheit zu geben, bedarf es einer Änderung unserer Gesetzeslage. Erste Schritte wurden Ende Jänner mit einer Reihe von Ministervorschlägen gesetzt.

Nachfolgend die wichtigsten Themen in Schlagworten:

- Binnengrenzkontrolle
- mehr Macht fürs Heer
- hohe Strafen für illegale Einreise
- längere Schubhaft für betrügerisches Erschwindeln von Grundversorgung
- neue Anhaltezentren in eigenen Rückkehrquartieren
- keine Geldleistungen mehr für abgelehnte Asylwerber
- Ausweiskontrollen im Zug und in Taxis
- Kontrollen von Handys bei Ausweisverweigerung
- vermehrte Möglichkeiten für den Einsatz von Fußfesseln
- Spracherkennung zur Identitätsfeststellung
- Notverordnung falls wichtige Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg erzielen.

Einiges konnte schon realisiert werden bzw. ist kurz vor der Realisierung. Vieles muss noch beschlossen werden.

Wirklich wirkungsvoll wird eine gravierende Verbesserung im Sicherheitsbereich aber erst dann, wenn zu Gesetzen und Verordnungen auch eine konsequente Umsetzung kommt.

Die EU steckt in ihrer tiefsten Krise

Von Josef Feldner

Das zeigt sich angesichts des Totalversagens bei der Bewältigung der ein gefährliches Ausmaß angenommenen Massenzuwanderung. Es gibt keinen auch nur annähernd effizienten Schutz der Außengrenzen. Das Mittelmeer ist durchlässig wie ein Sieb. Die Grenzschutzagentur FRONTEX beschränkt sich auf die Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen, statt eine Barriere gegen den unverminderten und unkontrollierten Zustrom von Illegalen zu bilden, der zu einem immer größeren Sicherheitsrisiko wird.

Die EU ist überdies nicht in der Lage, die mehr als 3 Millionen in den letzten drei Jahren illegal Zugewanderten auch nur annähernd gerecht auf alle nunmehr 27 EU-Staaten aufzuteilen, sodass die Hauptlast Deutschland, Österreich und Schweden zu tragen haben. Auch fehlen Abkommen zur gezielten Rückführung von abgelehnten Asylanten.



Verzweifelte Menschen nach einem islamistischen Terroranschlag in Paris. Die EU versagt auch als Sicherheitsgemeinschaft.

Die EU hat als Solidargemeinschaft versagt

Das Flüchtlingsumverteilungsprogramm der EU wurde bisher nicht einmal in den Ansätzen umgesetzt. Eine Reihe von EU-Staaten zeigen sich als Totalverweigerer und weigern sich auch nur 100 Flüchtlinge aufzunehmen, während Österreich 2015, dem Jahr des größten illegalen Massenansturms annähernd 100.000 aufgenommen hat. Auf ein an Kommissionspräsident Juncker gerichtetes Ersuchen von Bundeskanzler Christian Kern aus einem neuerlichen Umverteilungsversuch ausgenommen zu werden, hatte EU-Innenkommissar Avramopoulos die Stirn, Österreich an seine „moralische, politische und rechtliche Pflicht“ zu mahnen. Das, obwohl EU-Staaten wie Tschechien, die Slowakei und noch andere, weiterhin ihre Grenzen für Flüchtlinge geschlossen halten.

Die EU ist keine Solidargemeinschaft mehr, solange es etwa Griechenland erfolgreich gelingt, Solidarität von den anderen EU-Staaten für sich einzufordern, während andere, wie die oben genannten EU-Staaten sich erfolgreich und sanktionsfrei weigern, Solidarität zu zeigen.

Trotz allem signalisiert EU-Kommissionspräsident Juncker, dass Europa weiterhin für alle Flüchtlinge unbegrenzt offen bleiben muss

Das zeigt in erschreckender Deutlichkeit die total verfehlte EU-Flüchtlingspolitik auf. Einer Flüchtlingspolitik, die nicht in der Lage ist, Europa vor dem Zustrom von auch gewalttätigen illegalen Migranten zu schützen und andererseits ohne ge-

eignete Schutzmechanismen zu haben, zur weiteren Zuwanderung einlädt.

Ein weiterer Aspekt: Unter dem Deckmantel der Humanität, allen zuwanderungsbereiten Menschen Hoffnung auf ein besseres Leben zu machen, obwohl jetzt schon an die 90 % nicht oder nur sehr schwer integrierbar sind, ist in höchstem Maße inhuman.

Damit wird überdies der Nährboden für gefährliche Sozialkonflikte und unüberwindbare Ängste innerhalb der angestammten Bevölkerung geschaffen. Es werden Hass erzeugt und Aggressionen geschürt, die in eine gefährliche Pauschalverurteilung auch der eine Mehrzahl bildenden anständigen und integrationsbereiten Flüchtlinge mündet.

Die EU muss ihre derzeitige Politik der offenen Tür durch humane Realpolitik ersetzen

Realpolitik heißt nicht, allen Zuwanderungswilligen auch über die Grenze der Integrierbarkeit hinaus Aufnahme anzubieten. Realpolitik heißt Sicherung der Außengrenzen, heißt illegale und somit unkontrollierbare Zuwanderung zu unterbinden, alle Kraft zur Beendigung der Kriege und des Hungers einzusetzen, Milliardenhilfe in bisher nicht gekanntem Umfang vor Ort zu leisten, um den Massen in Afrika eine menschenwürdige und sichere Zukunft in ihrer angestammten Heimat zu ermöglichen.

Das alles ist humane Realpolitik und überdies ein Akt der Wiedergutmachung für eine Jahrhunderte lange ausbeuterische Kolonialpolitik der europäischen Kolonialmächte. Auch das sollte einmal gesagt werden!

Dennoch: Öxit ist keine Alternative!

Europa reformieren, nicht deformieren, muss Leitziel für die Zukunft der EU-Staaten sein.

Was ist die Basis für ein gemeinsames Europa?

Eine EU als grundlegend reformierte Wirtschafts- und Friedensgemeinschaft mit einem neuen europäischen Bewusstsein für das Verbindende einer Jahrhunderte langen gemeinsamen

abendländischen Geschichte, im Inneren solidarisch, im Zusammenwirken mit Kräften der internationalen Gemeinschaft selbstbewusst um die Sicherheit seiner Bürger bemüht zu sein, das ist die Basis für ein gemeinsames Europa von Staaten, die nach dem Prinzip der Subsidiarität weitestgehend souverän ihre Zukunft gestalten dürfen.

Gelingt die Rundumerneuerung der EU nicht, ist allerdings deren Ende vorprogrammiert.